

am Standort der kerntechnischen Anlagen und zentrale Zwischenlager wie etwa die Sammelstelle in Mitterteich und das Abfalllager Gorleben zur Verfügung. Darüber hinaus müßten die Zwischenlagerkapazitäten ausgedehnt werden. Das zu erwartende Abfallgebundevolumen bis zum Jahr 2030 wird gemäß aktueller Prognosen auf 264.000 Kubikmeter geschätzt. Davon entfielen etwa 47.850 Kubikmeter auf Abfälle, die nicht von der Energiewirtschaft stammten.

Eine erneute Beurteilung und Unterbrechung der keineswegs abgeschlossenen Erkundungsarbeiten in Gorleben hält die Bundesregierung für geboten, teilte sie in ihrer Antwort (14/4588) auf eine weitere Kleine Anfrage der F.D.F.-Fraktion (14/4332) mit. Beim Stand von Wissenschaft und Technik hätten in den letzten Jahren erhebliche Entwicklungen stattgefunden. So seien die Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle der Reaktor-Sicherheitskommission aus dem Jahr 1982 inzwischen überholt. Neben den bisher verfolgten Endlagerprojekten seien weitere Standorte in unterschiedlichen Wirtsgesteinen auf ihre Eignung zu untersuchen. Die vom Arbeitskreis „Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ zu entwickelnden Auswahlkriterien würden die Sicherheitskriterien von 1983 ergänzen bzw. konkretisieren. ●

## Atom Müll

### Transportgenehmigungen verlängert

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat die Transportgenehmigungen für die Nuclear Cargo + Service GmbH (NCS) über den 31. Dezember 2000 hinaus verlängert. Dabei handelt es sich um Transporte von bestrahlten

Brennelementen aus den Atomkraftwerken Stade, Biblis, Philippsburg und Grafenrheinfeld zur Wiederaufarbeitungsanlage der COGEMA in La Hague, Frankreich. Im September 2000 hatte das BfS der NCS insgesamt acht Transporte in Behältern der Bauart TN13/2 und TN17/2 genehmigt. Die Genehmigung war damals bis zum 31.12.2000 befristet worden, weil die Nachweise der Deckungsvorsorge nur bis zu diesem Zeitpunkt vorlagen. Diese Versicherungsnachweise liegen nunmehr auch für die Zeit danach vor, teilte das BfS am 15. Dezember 2000 mit. Strahlentelex hatte ausführlich in der Ausgabe Nr. 330-331 vom 5. Oktober 2000 berichtet.

Gegen die bereits im September 2000 erteilten Genehmigungen für die 8 Transporte bestrahlter Brennelemente nach La Hague hat eine Klärgemeinschaft, der unter anderem Vertreter der Umweltschutzorganisation Greenpeace angehören, Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig erhoben. Die Klage hat eine aufschiebende Wirkung auf die Durchführung der Transporte, da bisher kein Sofortvollzug für die Transportgenehmigungen angeordnet worden war. Bislang fehlt die konkrete Annahmefähigkeit der COGEMA für bestrahlte Brennelemente aus Deutschland, heißt es in der Mitteilung des BfS. ●

## Uranmunition

### Bericht über den militärischen Einsatz angereicherter Urans im Kosovo erwartet

Seit November 2000 sucht eine Expertenkommission der Internationalen Atomenergiebehörde im Kosovo nach Spuren und Folgen der dort von der NATO eingesetzten Uran-

munition (DU). An sechs Orten - ausgewählt nach Angaben der sich lange dagegen sträubenden NATO - sollen sie Proben entnehmen und zum Anfang des Jahres 2001 einen Bericht vorlegen. Bedenken gegen den erwarteten Bericht äußerte bereits die frühere Europaabgeordnete der Grünen Solange Fernex auf einer internationalen Konferenz in Manchester, England. Anstatt eine unabhängige Expertenkommission zuzulassen, würden erneut Personen herangezogen, von denen bekannt sei, daß sie die Folgen radioaktiver Niedrigstrahlung bestreiten. Zum 4. und 5. November 2000 hatte die Campaign Against Depleted Uranium Weapons (CADU), die Kampagne gegen Angereicherte Uranmunition, zu einem internationalen Erfahrungsaustausch über alle Aspekte der Uranmunition eingeladen. Die Informationen von 40 Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, lokalen und internationalen Initiativen, von Juristen, Betroffenen und Politikern hörte und diskutierte ein 200 Personen starkes internationales gemischtes Publikum. Die Juristen waren sich einem Bericht von Dr. Jens-Peter Steffen (IPPNW) zufolge zwar weitestgehend einig in der Einschätzung von Uranmunition als illegal, strebten in ihren strategischen Ableitungen jedoch erheblich auseinander. Es habe keine Einstimmigkeit für eine Initiative zum weltweiten Bann dieser Munition gegeben, weil bereits bestehende Gesetze ein Verbot rechtfertigen würden. Andererseits wurde argumentiert, eine neue Initiative sei notwendig, da bestehende Gesetze bisher nicht zu einem Verbot geführt hätten.

Informationen und Kontakt: Campaign Against Depleted Uranium Weapons (CADU), One World Centre, 6 Mount St. Manchester M2 5NS, England, Tel. +44/161/834-8301, Fax -8187, email: gmdcbd@gn.apc.org, http://www.cadu.org ●

## Türkei

### Das Dorf und das Atomkraftwerk

#### Wanderausstellung in deutscher und türkischer Sprache

In der zweisprachigen Wanderausstellung „Das Dorf und das Atomkraftwerk“ zeigt ROBIN WOOD zur Zeit in Bremen, wie das türkische Dorf Büyükeceli und AKW-GegnerInnen das erste Atomkraftwerk in der Türkei verhindert haben.

Die Ausstellung zeigt, daß bereits 1976 entschieden wurde, das erste türkische Atomkraftwerk in der Bucht von Akkuyu, an der türkischen Südküste, zu bauen - in einer Region, die als erdbebengefährdet gilt. Aussichtsreichster Bewerber für den Bau des AKWs war lange das Konsortium „Nuclear Power International“ unter Führung der Siemens AG. Der Traum vom Milliardengeschäft endete abrupt am 25. Juli 2000: An diesem Tag gab der Ministerrat der Türkei überraschend bekannt, das auf den Bau des Atomkraftwerks verzichtet werde.

Daß die türkische Regierung ihre AKW-Pläne bis auf weiteres gestoppt hat, wird als ein großer Erfolg des zähen Widerstandes gesehen, den die 2.300 BewohnerInnen des Dorfes Büyükeceli an der Bucht von Akkuyu jahrelang und mit kräftiger Unterstützung der türkischen Anti-AKW-Bewegung geleistet haben.

Die Wanderausstellung zeigt eine Chronologie des Widerstandes mit in deutsch und türkisch untertexteten Fotos und Plakaten. Sie umfaßt 18 gerahmte Tafeln (70 cm x 100 cm) und kann gegen eine geringe Gebühr ausgeliehen werden: ROBIN WOOD-Geschäftsstelle, Postfach 102122, 28201 Bremen, Telefon: 0421-59828-8 oder E-Mail: info@robinwood.de ●